

# »Nichts unterliegt mehr öffentlicher Kontrolle«

## Privatisierungsmotor Schuldenbremse: Kredite von Partnerschaft mit Firmen stehen nicht in kommunalen Bilanzen. Ein Gespräch mit Carl Waßmuth

*Gitta Düperthal*

---

**Zunehmendes Verscherbeln von Betrieben in öffentlicher Hand an Unternehmen der Privatwirtschaft sei zu erwarten, warnt der Verein »Gemeingut in BürgerInnenhand« (GiB). Kommunen werden aufgrund der Schuldenbremse, die von der CDU/SPD-Bundesregierung 2009 beschlossen wurde und 2020 wirksam wird, keine Kredite mehr aufnehmen können. Weshalb muss uns das jetzt schon beunruhigen?**

Nächstes Jahr werden die Kommunen ihre Haushalte für 2019/2020 beschließen. Die sogenannte Schuldenbremse erweist sich dabei als trickreiches Instrument, um Privatisierungen voranzutreiben. Die Länder dürfen sich netto nicht neu verschulden. Die Kommunen sind formal Teil der Länder. Müssen sie Schulden machen, um Infrastruktur für ihre Daseinsvorsorge zu betreiben, zu erhalten oder auszubauen, werden sie diese in ein privatrechtliches Unternehmen auslagern. Diese Strukturreform geht jetzt schon los. Von den GmbHs aus kann weiter privatisiert werden – mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften, ÖPP, oder mit Teilprivatisierungen. Kurzfristig gestattet eine solche GmbH Schattenhaushalte, langfristig kann es teuer werden. Für die Verschuldung fallen Zinsen an, und die ÖPPs verursachen erst recht Mehrkosten. Der öffentlichen Kontrolle unterliegt nichts mehr, Stichwort: Geschäftsgeheimnis.

**Sind solche Entscheidungen unumkehrbar?**

Man kann alles wieder rückgängig machen. Aber wenn wir uns jetzt nicht dagegen wehren, werden uns Privatisierungen und ÖPPs teuer zu stehen kommen. Die Privatwirtschaft und die Anleger freuen sich schon. Die Unternehmensberatung Pricewaterhouse Coopers hat 2016 für den damaligen Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, SPD, ein Gutachten erstellt. Motto: Wir helfen

euch mit privatem Kapital – wir gründen Fonds, um damit an von euch gegründete GmbHs anzudocken. Die schießen Geld rein, um es dann samt exorbitanter Rendite wieder herauszuholen. Wie das Vermögen des Staates auf diese Weise dahinschrumpft, hat jetzt ein Team von über 100 Wirtschaftswissenschaftlern um den Ökonom Thomas Piketty dargelegt.

### **Welche Bereiche der Daseinsvorsorge sind bedroht?**

Privatisierungsgefährdet sind vor allem Bereiche, die die Kommunen bislang vernachlässigt haben und wo deshalb große Investitionen nötig sind: etwa Schulen, Straßen, Rathäuser, Bäder, Bibliotheken – oder aber Bereiche, die ausgebaut werden müssen, zum Beispiel der Energiesektor, wo der Atomausstieg bevorsteht; das Internet, das mit Glasfasern für schnellere Datenübertragung ausgestattet wird.

### **Können Initiativen dagegen schlagkräftig gemeinsame Gegenwehr organisieren?**

Akteure und Beschäftigte überall in den betroffenen Bereichen verstehen, was passiert. Es gilt Erfahrungen aus privatisierten Kliniken zum Beispiel auf den Bereich der Schulen zu übertragen, und daraus zu lernen. Aktive in Krankenhäusern können über negative Folgen berichten: Wie hoch sind die Aufwendungen für Kredite, wie eklatant ist der Stellenabbau und damit der Personalmangel? Auch lokale Bündnisse arbeiten effektiv daran: Leipzig hat zum Beispiel vor zehn Jahren einen Privatisierungsstopp durchgesetzt. Damals ging es zunächst um den geplanten Verkauf der Stadtwerke, dann gab es Gegenwehr in anderen Bereichen. Aufgabe von uns Privatisierungsgegnern ist es, diese Vernetzung voranzutreiben.

### **Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Berlin wendet sich gegen eine Übertragung des Eigentums an Schulimmobilien in das Privatrecht und hat darauf hingewiesen, dass Investitionen in die staatliche Infrastruktur vor Schuldentilgung gehen. Ist das so?**

Ja. Weder ein Bundesland noch die Bundesregierung haben bislang einen Prozess wegen Einführung der sogenannten Schuldenbremse führen müssen. Die Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge steht mit dem Sozialstaatsprinzip vorn im Grundgesetz, die Schuldenbremse ganz hinten. Wir müssen den Konflikt jetzt zuspitzen, was von beidem wichtiger ist. Wir fordern: Die Schuldenbremse muss weg. Öffentlich-Private Partnerschaften sind zu verbieten. Sie sind schädlich für das Gemeinwohl.

Carl Waßmuth ist Sprecher des Vereins »Gemeingut in BürgerInnenhand« (GiB)

»Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt – zehn Jahre Bürgerentscheid«: Treffen der privatisierungskritischen Initiativen, 27. Januar, 15 Uhr; 28. Januar, 9.30 Uhr, Gewerkschaftshaus, Karl-Liebknecht-Straße 32, Leipzig

<https://www.jungewelt.de/artikel/324145.nichts-unterliegt-mehr-öffentlicher-kontrolle.html>